

Jedes zweite Flüchtlingskind hat keinen Zugang zu Bildung



Der Besuch einer Schule ist noch längst nicht für jedes Kind eine Selbstverständlichkeit.

Foto: AFP

Glenn SCHWALLER

Mehr als 3,7 Millionen Kinder auf der Flucht haben weltweit keinen Zugang zu Bildung. Das UNHCR schlägt deswegen nun Alarm und fordert zum Handeln auf.

"Die Bildung bietet den Geflüchteten eine zweite Chance", erläutert Filippo Grandi in dem neuesten Bericht des UN-Flüchtlingsnetzwerkes (UNHCR). Die Bedeutung der Thematik sei nicht zu unterschätzen, das gelte sowohl für die betroffenen Menschen, als auch für die aufnehmenden Staaten. Ohne die Möglichkeit, sich das nötige Wissen sowie die zentralen Kompetenzen über den Weg der Bildung anzueignen, verschlechtere sich die Zukunftsperspektive dieser Menschen drastisch, fährt Grandi fort. Es sei nun die Pflicht der Weltgemeinschaft, sich dieser Aufgabe zu stellen.

Erschreckende Zahlen

Dem UNHCR-Bericht ist zu entnehmen, dass von den aktuell 7,1 Millionen Flüchtlingskindern weltweit lediglich 3,4 Millionen, also weniger als die Hälfte, eine Schulinrichtung besuchen. Nur 63 Prozent dieser Kinder besuchen demnach eine Grundschule, der weltweite Durchschnitt liegt mit rund 91 Prozent hingegen deutlich höher. Im Bezug auf den Sekundarschulunterricht sind die Unterschiede noch bedeutender: Nur rund ein Viertel der Flüchtlingskinder besuchen eine entsprechende Einrichtung, weltweit betrachtet liegt der Durchschnittswert jedoch bei 84 Prozent.

Auch der Blick an die Hochschulen lässt aufhorchen: **Lediglich drei Prozent der geflüchteten Jugendlichen schaffen den Sprung an eine Hochschule oder Universität.** Auch hier liegt der weltweite Mittelwert mit 37 Prozent auf einem deutlich höheren Niveau. Das UN-Flüchtlingshilfswerk hat daher eine Steigerung des Anteils von drei auf 15 Prozent bis 2030 als Ziel ausgerufen.

Als **Hauptursache für diese allgemeine Ungleichheit sieht das UNHCR die unzureichende Finanzierung** der entsprechenden Strukturen. Um diesem Problem entgegenzuwirken, fordert das Flüchtlingskommissariat daher nationale Regierungen sowie private Akteure auf, ihre Investitionen in diesem Bereich weiter zu erhöhen. Mit den nötigen finanziellen Mitteln könnten so beispielsweise weitere Schulen errichtet sowie neues Personal ausgebildet werden. Auch müssten die betroffenen Familien finanziell unterstützt und somit bei den Bildungskosten entlastet werden.

Gleichheit herstellen

Grandi nimmt jedoch auch die aufnehmenden Länder in die Pflicht. Diese müssten größere Anstrengungen unternehmen, um die geflüchteten Kinder besser in die jeweiligen nationalen Bildungssysteme zu integrieren. Aktuell würden sie jedoch häufig in separaten Einrichtungen untergebracht, die ursprünglich eher als Übergangslösung gedacht waren. Die dort herrschenden Bedingungen sowie die Gültigkeit der ausgestellten Qualifikationen sei aber oftmals weder ausreichend, noch mit den Möglichkeiten gleichzusetzen, welche einheimische Kinder genießen, heißt es weiter im Bericht des Flüchtlingshilfswerks.

Einen weiteren Lösungsansatz sieht das UNHCR in einer, aus bürokratischer Sicht, weniger strengen Haltung gegenüber Bewerbern, die nicht über die notwendigen Dokumente verfügen. Sowohl Schulen und Universitäten, als aber auch die zuständigen Ministerien, müssten es in Zukunft vermeiden, Bewerbern wegen fehlender Papiere den Zugang zur Bildung oder zum Studium zu verweigern.